

Der aktuelle Fraktionsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 35 • Landtagssitzung 23. - 25. September 2009

Mecklenburg-Vorpommern und die Krise

Die Auswirkungen der Krise waren auf Antrag der Linksfraktion Thema der Aktuellen Stunde

„Es geht wieder aufwärts.“ „Das schlimme Ende kommt erst noch.“ Welcher dieser Schlagzeilen sollen die Menschen glauben? Fakt ist, dass SPD, CDU und FDP den neo-liberalen Kurs der vergangenen Jahre fortsetzen wollen. Schon wieder wird laut über eine Mehrwertsteuererhöhung nachgedacht, die **Umverteilung von unten nach oben** soll munter weitergehen. Wen wundert's? Die Menschen im Land sind ihnen doch egal! **Die Krise hat MV erreicht.** Was sollen denn die Landwirte, die Werftarbeiter, ihre Zulieferer und die vielen Arbeitslosen denken, wenn das Kasino des Finanzmarktkapitalismus bereits wieder auf vollen Touren läuft? Die gegenwärtige Krise ist noch gar nicht überstanden, da bildet sich schon die nächste Blase.

Leider werden die **Arbeitslosenzahlen steigen.** Aber auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Selbstständigkeit sind längst keine Garanten mehr für Existenzsicherung. Die Ironie der Geschichte: **Schuld daran** ist nicht erst die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise. **Hartz IV**



und der CDU-Slogan: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, CDU und SPD haben dafür gesorgt, dass sich schon zu Zeiten der Konjunktur gerade in M-V der Niedriglohnbereich beispiellos ausgeweitet hat. In der Folge hat Armut dramatische Ausmaße angenommen. Die Große Koalition ist nicht einmal bereit, als öffentliche Hand Vorbild zu sein. Das lang angekündigte **Vergabegesetz ist nicht in Sicht.** Umso wichtiger ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die SPD sagt das auch, aber es tut sich nichts. Die Finanz- und Wirt-

schaftskrise hat auch die Landwirte voll erwischt. Viele Betriebe, nicht nur in der Milchwirtschaft, sind in ihrer Existenz bedroht. Haben sie nicht genauso wie die Banken ein Anrecht auf einen Schutzschirm?

Zur Wahrheit gehört, dass eine **Reihe der Kabinettsmitglieder** ihre Verantwortung nicht oder nur stümperhaft wahrnehmen. Drei Beispiele:

- Der Bildungsminister führt großspurig die Selbstständige Schule ein. Dabei vergisst er, den Schulleitern sowie den Lehrerinnen und Lehrern zu sagen, wie die Rahmenbedingungen dafür aussehen sollen. Mehr Geld gibt es auch nicht. Stattdessen wird ein Oberaufseher eingesetzt, der die Selbstständige Schule kontrollieren soll.

- Die Sozialministerin kann im Kompetenzteam von Herrn Steinmeier sicherlich gute Erfahrungen aus M-V in der Bundesrepublik verbreiten. Aber es bleibt wohl ihr Geheimnis, warum sie mehr Maßnahmen gegen Kinderarmut, mehr

Schul- und Jugendsozialarbeiter fordert, aber hier im Land so gut wie nichts dafür tut.

- Und das ist der Gipfel: Der Innenminister legt nicht nur **Gesetze zum Schaden des Landes** und seiner **Kommunen** vor. Sein Kommentar auf dem Städte- und Gemeindetag zu der berechtigten Forderung nach ausreichender Finanzausstattung: „Sie haben wohl noch nicht mitbekommen, dass wir eine Krise haben?“ ist unverschämt und unverantwortlich. Die **Große Koalition** manövriert das Land und die **Kommunen in die Handlungsunfähigkeit.** Ihre Vorschläge gehen immer in die gleiche Richtung: Personaleinsparung, Kürzen der freiwilligen Leistungen und Verkauf von öffentlichem Eigentum. Das Defizit in den kommunalen Haushalten hat eine wesentliche Ursache: die ständig steigenden Sozialausgaben. In der Folge geht die soziokulturelle Infrastruktur, Vereine, Sport- und Jugendeinrichtungen und vieles mehr den Bach runter. Die Krise hat MV erreicht. Die Große Koalition hat weder ein Antikrisen- noch ein Zukunftsprogramm.

Helmut Holter

Angebot der Freien Theater sichern

Mit der Ablehnung des Antrags „**Förderung eines flächendeckenden Angebotes der Freien Theater in Mecklenburg-Vorpommern**“ wird die **Chance vertan**, ein Konzept für die **Entwicklung der Freien Theater** zu erarbeiten.

Ihre **Arbeitsbedingungen** werden immer schwieriger. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und eine nachhaltige Bestandssicherung. Als **Sofortmaßnahme** sollten im Doppelhaushalt 2010/11 pro Jahr 40 000 Euro zur Auftrittsförderung kleiner Kulturvereine eingestellt werden. Die **unzulängliche Mittelaus-**

stattung der Kommunen und die rückläufige Landesförderung haben zu der prekären Lage in der freien Theaterszene geführt. In der Folge gibt es heute ganze Regionen, in denen so gut wie keine Theaterangebote mehr vorhanden sind.

Die **große Vielfalt** der Darstellungs- und Ausdrucksformen sowie die Experimentierfreude, die die **Freien Theater** auszeichnen, müssen als wertschöpfende und gesellschaftlich notwendige Arbeit **anerkannt** und **entsprechend gefördert** werden.

Torsten Koplín

FAG überarbeiten

Die **Kommunen** brauchen eine verlässliche **aufgabengerechte Finanzausstattung**. Dies ist mit der FAG-Novelle nicht gewährleistet. Deshalb haben wir gemeinsam mit der FDP beantragt, den Entwurf **grundlegend zu überarbeiten**. Die Koalitionsfraktionen haben den **Antrag abgelehnt**. In der **Anhörung** im Innenausschuss wurde deutlich, dass die zu erwartenden Finanzzuweisungen mit einer fairen aufgabenbezogenen Finanzausstattung nichts zu tun haben. Für **viele Kommunen** bedeutete sie ein **Minus von 20 bis teilweise 40 Prozent**. Gleichzeitig werden die **sozialen Ausgaben**, vor allem die Kosten der Unterkunft, in den nächsten Jahren noch **weiter ansteigen**. Die **Kreise** und besonders die kreisfreien Städte sind schon heute mit diesen zum Teil explosionsartig steigenden Kosten **am Limit**.

Es ist zu befürchten, dass wichtige Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr erfüllt werden können. Der **Innenminister** blendet aus, dass die **Kommunen ein verfassungsmäßiges Recht** auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung haben.

Gabi Mest'an

Ländliche Räume sichern

Durch die **Überweisung** unseres Antrages „**Zukunft ländlicher Räume in M-V sichern**“ wird jetzt eine intensive Debatte über die Entwicklung ländlicher Räume beginnen, in der die Erfahrungen aus dem **Bundeswettbewerb „Region aktiv - Land gestaltet Zukunft“** im Mittelpunkt stehen werden. Die Regionen haben viele Einzelprojekte umgesetzt und Erfolge u.a. beim Einsatz von **regionalen Budgets und Wertschöpfungspartnerschaften** erzielt. Wir wollen u.a. wissen, wie der Entwicklungsstand ist, die Förderinstrumente wirken und bestehende Netzwerke gesichert werden können.

Prof. Dr. Fritz Tack

Armut konsequent bekämpfen

Die **Ablehnung** des Antrags „**Armutsatlas ernst nehmen – Armut wirksam bekämpfen**“ macht erneut deutlich, dass die Große Koalition **nicht bereit** ist, endlich aktiv und **konsequent gegen Armut** vorzugehen. Der Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom Mai dieses Jahres weist eine besonders **hohe Armut bei Kindern und Familien** aus, was bereits von vielen anderen Studien bestätigt wurde. Der **Berichte sind genug geschrieben**, es müssen endlich Schlussfolgerungen gezogen und **wirksame Maßnahmen** gegen die **grassierende Armut** eingeleitet werden. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass Familien und Kinder benachteiligt werden,

weil sie in Armut leben müssen. Die **Armutsfalle Hartz IV**, aber auch **Niedriglöhne**, von denen die Menschen ihre und die Existenz ihrer Familien nicht sichern können, sind die **Hauptursachen** für wachsende Armut. Deshalb müssen u.a. endlich ein existenzsichernder, flächendeckender **gesetzlicher Mindestlohn** eingeführt und die **Hartz-IV-Regelsätze** bedarfsgerecht **angehoben** werden. Wenn die **Landesregierung** nicht endlich konkrete Schritte unternimmt und sich dafür stark macht, dann macht sie sich mit ihrem Anspruch, Mecklenburg-Vorpommern zum kinder- und familienfreundlichsten Land zu entwickeln, **vollends ungläubwürdig**.

Irene Müller

Wirtschaft voranbringen

Unser **Antrag**, das Diskussionsangebot „**Sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung in M-V ermöglichen**“ wurde **abgelehnt**. Viele Studien, die sich mit der **Entwicklung Ostdeutschlands** beschäftigen, bestätigen: Der „**Aufbau Ost**“ als **bloßer „Nachbau West“** ist **gescheitert**. Von einer **selbst tragenden Wirtschaft** sind wir weit entfernt – ohne vorhandene wirtschaftliche Erfolge schlecht zu reden. Aber diese können nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Vorpommern das Armutsrisiko bei 27 Prozent liegt, dass in M-V rund 60 000 Kinder bis 15 Jahre in Hartz-IV-Familien aufwachsen, wir bundesweit die geringsten Löhne und Gehälter haben. Die Linksfraktionen im Bundestag und den Landtagen haben ein „**Leitbild Ostdeutschland 2020**“ vorgelegt. Wir müssen neue Wege gehen, um M-V zukunftsfähig zu machen. Um **Zukunft heute zu gestalten**, brauchen wir ökonomische, ökologische und soziale **Nach-**

haltigkeit. Es geht um ein qualitatives Wirtschaftswachstum, das die natürlichen Ressourcen schont und auf Beschäftigung in Zukunftsbranchen setzt: Umwelttechnik, regenerative Energien, Dienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnologien, Kreativwirtschaft. Wir brauchen den **sozial-ökologischen Umbau** als Voraussetzung für mehr Beschäftigung und mehr Bildungschancen. Innovation darf sich nicht länger auf den wirtschaftlich-technischen Bereich beschränken. Genauso brauchen wir Innovationen im kulturellen, im Bildungs- und sozialen Bereich. M-V hat die **Chance, Modellregion** zu sein, ein Beispiel für Regionen mit zurückgehender Bevölkerungszahl. Dabei setzen wir auf die **Potenziale** der einzelnen **Landesregionen**. Wir setzen auf mehr Eigenständigkeit der Regionen und wollen eine Fördermittelvergabe, die sich an den Bedürfnissen der Regionen orientiert.

Helmut Holter

Bildung

Unser **Entschließungsantrag** zur Unterrichtung „Stellungnahme der Landesregierung zu den Empfehlungen der Expertenkommission ‚Zur Entwicklung eines **zukunftsfähigen Bildungssystems** in M-V‘“ wurde **abgelehnt**.

Damit wird die Chance vertan, die Arbeit der Kommission ernst zu nehmen und die Umsetzung ihrer Empfehlungen zu kontrollieren.

Andreas Bluhm

Landtage für EU fit machen

Unser Antrag **Konsequenzen aus der Entschließung der Präsidenten der deutschen Landesparlamente zu den Auswirkungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon ziehen – Integrationsverantwortung der Landtage durch Stärkung ihrer Mitsprachemöglichkeiten gerecht werden** wurde zur Beratung in den zuständigen **Ausschuss überwiesen**.

Das **Urteil** des Bundesverfassungsgerichts zum **Vertrag von Lissabon** hat die **Demokratie** gestärkt, insbesondere die Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat. Die vom Gericht betonte „**Integrationsverantwortung**“ gilt nach Auffassung der Präsidenten **auch für die Landtage**. Um die Europafähigkeit zu stärken, soll geprüft werden, **wie im Landesrecht die Mitsprachemöglichkeit** der Landesparlamente zur Wahrung der Integrationsverantwortung **gestärkt** werden kann, etwa durch ein Parlamentsinformationsgesetz.

Barbara Borchardt

Impressum: Der aktuelle Fraktionsreport wird herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag M-V; Tel. 0385/5252500; E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de; 25. September 2009; Foto: ©Dr.Klaus-Uwe Gerhardt/PIXelio